

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 16.— Mk., bei Selbstabholung 14.— Mk. — Preis der Einzelnummer 70 Pfennig  
Telephon für Kontor und Expedition: 22721 und 24596  
**Postcheckkonto Nr. 53477** :: :: **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24606

**Inseratenpreise:** Die halbpaltene Kolonelle oder deren Raum 4.— Mk., bei Platzwörter 4.80 Mk.; Familiennachrichten, die halbpaltene Zeile 3.20 Mk., Reklame-Kolonelle 16.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 22721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Beilagen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Das Reichskabinett zur Reparationsnote.

Berlin 24. März. Heute nachmittags fand im Reichskanzlerhaus unter Vorsitz des Reichspräsidenten ein Kabinettsrat statt, in dem die durch die Noten der Reparationskommission geschaffene politische Lage zur Erörterung stand. Der Reichskanzler entwickelte in längeren Ausführungen im Anschluß an die Verhandlungen, die vormittags im Reichskabinett stattgefunden hatten, die Richtlinien der von der Regierung einzuschlagenden Politik. Der Reichspräsident stellte am Schluß der Beratung fest, daß alle anwesenden Minister mit den vom Reichskanzler dargelegten Richtlinien einverstanden sind. Auf Grund dieser Aussprache und der in den einzelnen Ressorts der Reichsregierung noch fortzuführenden näheren Prüfung der Noten der Reparationskommission wird der Reichskanzler am Dienstag im Reichstag den Standpunkt der Reichsregierung darlegen, nachdem am Montag die nach Berlin gefahrenen Ministerpräsidenten der Länder Gelegenheit gefunden haben, sich zur politischen Lage zu äußern.

## Die Reparationsnote und England.

Nachdem sich nunmehr auch die Auffassungen der deutschen Parteien gegenüber der Reparationsnote geklärt haben, so daß heute nur die rechtstehenden Zeitungen den Ton der nationalpolitischen Unentwegten beibehalten haben, macht sich auch in englischen Kreisen eine sehr zurückhaltende Stellungnahme bemerkbar. Der Londoner Vertreter des W. T. B. berichtet über Mitteilungen, die ihm von gutunterrichteter britischer Seite gemacht worden seien. Es wird dort versucht, die Bedeutung der Reparationsnote für die Gestaltung der Finanzverhältnisse herabzumindern, insbesondere wird erklärt, daß die Note im englischen Sinne durchaus nicht den Charakter eines Ultimatus trage. Darüber berichtet der Vertreter des W. T. B. folgendes:

Vor allem gehe nicht aus der Note hervor, daß sie ein Ultimatum darstelle. Falls die deutsche Regierung nach eingehender Prüfung der Note zu der Ueberzeugung gelangen sollte, daß verschiedene Punkte der Auffassung bedürftig sind und daß sie sich aus diesem Grunde an die Reparationskommission wenden müsse, so sei nicht einzusehen, weshalb die Klärung als geschlossen betrachtet werden sollte. Was die Leistungen in Waren betreffe, so bedeuteten die darauf bezüglichen Bestimmungen, daß die nicht erfüllten Sachleistungen im Jahre 1922 nur in dem Maße in Gold verlangt werden würden, wenn die Sachleistungen vollständig unterblieben seien. Man denke nicht an eine Osmannisierung Deutschlands, sondern lasse der deutschen Regierung im Gegenteil genügende Bewegungsfreiheit, um nach eigenem Ermessen den deutschen Staatshaushalt aufzustellen. Es sei nicht einzusehen, weshalb nicht bezüglich der in der Note der Reparationskommission erwähnten Termine zwischen der deutschen Regierung und der Reparationskommission verhandelt werden könnte.

Die englische Presse veröffentlichte am gestrigen Tage eine Denkschrift Lord Georges, die dieser am 25. März 1919 der Friedenskonferenz in Paris vorgelegt hatte. Es heißt darin u. a.:

Der Friedensvertrag dürfe nicht wie der von Frankfurt einen neuen Krieg in sich tragen, sondern müsse einen dauernden Frieden sichern und die verschiedenen Rassen müssen, soweit wie möglich, in ihr Mutterland zurückgeführt werden. Die Zahlungen der Reparationen müssen mit dem Verschwinden der Kriegsgeneration beendet sein. Die deutsche Regierung müsse beim Unterzeichnen des Vertrags das Bewußtsein haben, daß sie die übernommenen Verpflichtungen erfüllen könne. Sobald Deutschland die Friedensbedingungen angenommen habe, müsse ihm der Weltmarkt auf der Grundlage der Gleichberechtigung geöffnet werden und kein wirtschaftliches Wiederaufleben müsse mit allen möglichen Mitteln erleichtert werden.

Diese feinerzeitigen Gedanken standen freilich nicht immer im Verhältnis zu den Forderungen, die man dem deutschen Volke auferlegt hatte. Sie erweckten durchaus nicht das Bewußtsein, erfüllbar zu sein.

Das Berliner Tageblatt teilt mit, daß die deutsche Regierung durch den Volkskammer Dr. Meyer in Paris habe anfragen lassen, ob in den 60 Milliarden Steuern, die in der Note der Reparationskommission gefordert werden, der Betrag der Zwangsanleihe mit eingerechnet sei.

## Die englischen Sachverständigen über die neuen Forderungen.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach Meldung des United Telegraph ist man in den Kreisen der englischen Sachverständigen mehr und mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, eine Vergrößerung der Reparationsleistungen auf sich zu nehmen und daß dies, falls es überhaupt möglich wäre, auch für England schädlich sei. Man will deshalb vorschlagen, unter Ausnutzung des deutschen Kredits, der in England immer noch sehr gut sei, eine internationale Anleihe zugunsten Frankreichs aufzunehmen, um Frankreich die von ihm geforderten Zahlungsmittel zu beschaffen. Als Gegenleistung wird man von Frankreich verlangen: Räumung des Rheinlands, völlige Abklärung und Aufgabe der englandfeindlichen Politik in Ägypten und Kleinasien.

## Der Kampf gegen den Achtstundentag.

Die Dringlichsten erstehen eine Intervention Englands. München, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) In der letzten Sitzung der Dreier, einer Unterabteilung der Dreier, welche am Mittwoch stattfand, verlangten Vertreter der Industrie, daß in der Frage der Reparationen auf England eingewirkt werden müsse, von der deutschen Regierung Abschaffung des Achtstundentags zu verlangen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch Stinnes bei seinem letzten Besuche in London diese Angelegenheit angeregt hat. Ferner ist zu vermuten, daß Kreise der Industrie und der Reichsparteien, die verwandtschaftliche Beziehungen in England haben, dort ebenfalls ähnliche Beeinflussungen versuchen.

## Der Kampf gegen den Achtstundentag in Frankreich.

Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Vorwärts sich aus Paris melden läßt, hat gestern der bürgerlich-radikale Abgeordnete und frühere Arbeitsminister Godart in der Arbeitskommission der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Regierung auffordert, dem Verleumdungsfeldzug einer bestimmten Presse gegen den Achtstundentag entgegenzutreten. Nach Anhörung der Ausführungen beschloß die Kommission, drei Führer der französischen Gewerkschaften, nämlich Jouhaux, den Generalsekretär der CGT, Meryheim, den Sekretär des Metallarbeiterverbandes und Rivelli, den Sekretär des Hafnarbeiterverbandes für ihre nächste Sitzung als Sachverständige einzustellen.

## Neue Schwierigkeiten in Genf.

Genf, 24. März. Die deutschen und die polnischen Bevollmächtigten beendigten heute gemeinsam mit dem Präsidenten Calonder in nicht öffentlicher Sitzung die offiziellen Verhandlungen über die bisher noch kritisch gebliebenen Punkte. Bezüglich des Artikels 256 des Versailler Vertrages wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Frage der Auslegung dieses Artikels nicht der Zuständigkeit der in der Genfer Note vorgesehene internationalen Instanz unterliegt. Ebenso wurde eine Einigung über die Zuständigkeit dieser Instanz für die Zollfrage herbeigeführt. Ueber die Kompetenz der gemischten Kommission für den Wiederaufbau hat aber noch Besprechungen zum Zwecke der Einigung im Gange. Dagegen dürften die kleineren Zollfragen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, endgültig unter den Stichentscheid des Präsidenten fallen.

Diese letzten Meinungsverschiedenheiten verkleinern aber an Bedeutung angesichts der eigenartigen Wendung, die die Verhandlungen infolge der Haltung der Polen in der Liquidationsfrage im Laufe der letzten Volltagung genommen haben. Die Erwartung des Präsidenten Calonder, daß sich hier noch eine Einigung erzielen lassen werde, hat sich heute nicht erfüllt. Der polnische Bevollmächtigte beharrte vielmehr auf seinem Standpunkt, wonach die deutsch-polnische Konferenz für die Liquidationsfrage nicht zuständig sei. Das ist natürlich eine Auffassung, die sowohl den Präsidenten der Konferenz als auch die deutsche Abordnung vor eine neue Situation stellen kann.

Eine weitere Meldung besagt: Da Oszjowski auf die Bitte Calonders, die sich abgebrochenen Einigungsverhandlungen in der Liquidationsfrage wieder aufzunehmen, plötzlich den Einwand der Unzuständigkeit erhoben hat, so ist zur Zeit die Grundtatsache für weitere Verhandlungen über diesen Punkt entfallen. Reichsminister a. D. Schiffer hat daher beschloffen, nur diejenigen Mitglieder seiner Abordnung, die für die Beratungen über Reduktion und Ueberhebung des Vertragsentwurfs erforderlich sind, in Genf zu belassen und sich mit den übrigen Mitarbeitern nach Deutschland zurückzugeben. Er wird dem Reichskanzler und dem Reichsminister des Auswärtigen über die leicht kritisch gewordene Sachlage berichten und erst nach Genf zurückkehren, wenn günstige Voraussetzungen für neue Verhandlungen über die Liquidationsfrage gegeben sind oder der Schiedspruch Calonders zu erwarten ist.

## Die Entente des Stillen Ozeans.

Die Schlussberatungen vor dem amerikanischen Senat. Berlin, 25. März. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern begannen im amerikanischen Senat die Schlussberatungen über den Vertrag, der zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und Japan zur Aufrechterhaltung des Friedens im Stillen Ozean geschlossen wurde. Eine Mehrheit für den Vertrag ist eine Sache. Eine Klausel wurde angenommen, die besagt, daß der Vertrag die Vereinigten Staaten weder zu einem Bündnis, noch zu einer bewaffneten Aktion, noch zur Teilnahme an fremden Verteidigungsmassnahmen verpflichtet.

Washington, 25. März. Der Senat hat den Vertrag der vier Mächte über den Stillen Ozean mit 67 gegen 7 Stimmen ratifiziert.

## Russlands Kostenrechnung für den Ukraine-Feldzug.

Charkow, 21. März. (Draht.) Nach Dokumenten, die die Odesaer Archivkommission der Sowjetregierung vorgelegt hat, erreichen die Schäden, die das Gouvernement Odesa durch die österreichisch-deutsche Invasion erlitten hat, die Summe von 1 Milliarde Goldrubel. Auch die Schäden, die das Gouvernement Odesa durch die Entente-Interventionen erlitten hat, werden jetzt zwecks Anmeldeung in Genua festgestellt.

Da in der Meldung nur von den Schäden im Gouvernement Odesa die Rede ist, dürfte sich die aufzustellende Gesamtschadensrechnung noch ganz wesentlich erhöhen.

## Eine Kampfanlage der Brotwucherer.

In Berlin sind vor einigen Tagen die Vertreter der Länder, unter ihnen eine Anzahl Ernährungs- und Landwirtschaftsminister, beisammen gewesen, um über die Getreidewirtschaft und die Kartoffelverförmung im nächsten Wirtschaftsjahr zu beraten. Nach dem veröffentlichten Bericht waren die Versammelten wegen der Getreidewirtschaft mit Ausnahme des Vertreters eines Landes, das die Stellungnahme sich vorbehielt, der Auffassung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Endziel, der freien Wirtschaft, noch nicht zugekehrt werden könne, daß vielmehr der Abbau den Zeitverhältnissen Rechnung tragen müsse, und daß diese eine völlige Freigabe des Getreides für das nächste Wirtschaftsjahr noch nicht gestatten. Demgemäß sprach sich die Versammlung für eine Umlage auch im nächsten Wirtschaftsjahr aus. In einer Sitzung kurzem einberufenen Referentenbesprechung soll mit den Ländern an der Hand ihnen vorzulegenden Materials eine Erörterung über die Grundzüge einer entsprechenden Gesetzesvorlage stattfinden. Bei Besprechung der Kartoffelverförmung wurden die Mängel der diesjährigen Verförmung dargelegt und alsbald anerkannt, jedoch wurde auch auf die Schwierigkeiten einer Umlageerhebung der Zwangswirtschaft und auch der Einführung einer Kartoffelzulage nachdrücklich hingewiesen, insbesondere auch auf das Risiko und die Schwierigkeiten, die den Gemeinden erwachsen. Die Konferenz machte noch keine bestimmten Vorschläge. Sie einigte sich aber auf die folgende Entscheidung:

Die Vertreter der Regierungen der deutschen Länder sind einmütig der Auffassung, daß die von der deutschen Landwirtschaft im Jahre 1921 der Bevölkerung in Aussicht gestellte ausreichende Verförmung mit Kartoffeln zu angemessenen Preisen nicht erreicht worden ist und daher ein Weg gefunden werden muß, für das Wirtschaftsjahr 1922 eine Verbesserung der Verförmung der Nichtselbstverzehrer sicherzustellen. Das Reichsernährungsministerium wird ersucht, geeignete Vorschläge zu machen und das diese Vorschläge begründende Material in aller nächster Zeit den Ländern zugehen zu lassen. In einer noch im April stattfindenden Besprechung der Vertreter der Länder wird endgültig zu dieser Frage Stellung zu nehmen sein.

Die Stellungnahme der Konferenz, insbesondere das Verlangen nach der Beibehaltung des Umlageverfahrens für Getreide im kommenden Wirtschaftsjahr, hat bereits die heftige Wut der profitwütigen Agrarier ausgelöst. Unter der Ueberschrift: „Weg mit der Umlage — für freie Wirtschaft!“ bringt das Zentralorgan für den organisierten Brotwucher, die Deutsche Tageszeitung, in fetter Schrift einen stammenden Protest. Es berichtet über Kundgebungen aus allen Gebieten des Reichslandbundes, aus denen der „elementare Wille“ hervorsteht, „für die Verfügung über Erzeugnisse der neuen Ernte keinerlei legerndwie gearteten behördlichen Zwang hinzunehmen.“ Mit einem Geduld, wie sie kein anderer Berufsstand je gezeigt habe, hätte die Landwirtschaft bisher die wirtschaftlichen Ausnahmegehalte ertragen. Jetzt aber habe das ein Ende. Der Beschluß der Ernährungsminister wolle „aufreizen“ und ein Sturm der Entrüstung werde durch die Landwirtschaft gehen. „Schroffste Verwahrung“ wird gegen das Vorhaben eingelegt und ein einmütiges „Nie!“ der Agrarier wird angekündigt. Drohend wird gesagt, daß eine Umlage im neuen Erntejahr undurchführbar sei und eine größere Not heraufbeschwören werde.

Die nimmerlatten Landbündler sagen also der Regierung und damit der großen Masse des darbenenden Volkes, die jetzt schon unter der ungeheuren Teuerung furchtbar leidet, den rücksichtslosen Kampf an. Unter der völlig freien Wirtschaft droht die Lebensmittellieferung geradezu gigantische Formen anzunehmen. Schon jetzt werden für die kommende Ernte von den Händlern Preise gezahlt, die Preise von 60 bis 70 Mark für ein Brot zur Folge haben müssen, wenn Regierung und Parlament so gewissenlos wären, nach den Forderungen der Agrarier die uneingeschränkte „Jegensreife“ freie Wirtschaft für Getreide zuzulassen. Aber was schert diese edlen Landbündler die Not des Volkes. Während des Krieges konnten sie sich nicht genug über den Hungertod der Entente gegen unschuldige Frauen und Kinder entrichten und jetzt gehen sie kaltblütig daran, die eigenen Volksgenossen auszuhungern. Sie haben ja früher den Vieserpreis angekündigt und eine Landbundorganisation hatte schon vor Monaten einen die in alle Einzelheiten gehenden Plan entworfen, wie man am wirksamsten die Lebensmittelzufuhr nach den Städten unterbindet und die städtische Bevölkerung aushungert. Dabei besitzt diese Gesellschaft noch die Unerschämtheit, in ihrer Kampfanlage von dem „großen, uneigennütigen Hilfswerk der Landwirtschaft“ zu schwätzen, durch das die Ernährung des deutschen Volkes, unabhängig vom Ausland, sichergestellt werden solle. Dieses schon so oft angekündigte „Hilfswerk“ soll aber nur durchführbar sein bei völliger wirtschaftlicher Freiheit, d. h. die hilfswilligen Agrarier wollen die Produktion nur dann steigern, wenn sie, ungehindert durch irgendwelche gesetzliche Schranken, die Wucherpreise noch weiter erhöhen und ihre Profite ins Ungemessene vermehren können.

Millarden von Extraprofiten haben die Nimmerlatten allein im letzten Jahre beim Getreideverkauf einheimisch. Kaum ein